



Bundespräsident Christian Wulff

Bisheriger Ministerpräsident Niedersachsens zum Staatsoberhaupt gewählt

In dieser Woche trat die Bundesversammlung zusammen, deren einzige Aufgabe darin besteht, den Bundespräsidenten beziehungsweise die Bundespräsidentin zu wählen. Die Versammlung tritt in der Regel nur alle fünf Jahre im Reichstagsgebäude zusammen, es sei denn, die Amtszeit des Bundespräsidenten endet vorzeitig. Laut Grundgesetz muss die Bundesversammlung dann spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen treten.

Nach dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai dieses Jahres mit sofortiger Wirkung war die Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundestagspräsidenten nötig geworden. In seiner Ansprache zur Eröffnung der Bundesversammlung erklärte der Bundestagspräsident Norbert Lammert dazu: "Diese Bundesversammlung findet statt, weil der Bundespräsident sein Amt niedergelegt hat, mit sofortiger Wirkung - ein in der Geschichte der Bundesrepublik, ja in der Demokratiegeschichte unseres Landes einmaliger Vorgang.", sagte Lammert. "Diese Entscheidung und ihre Gründe haben wir zu respektieren, auch wenn viele von uns sie noch immer nicht wirklich verstehen können."

Nach mehr als neunstündiger Dauer erhielt der von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten nominierte Kandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, im dritten Wahlgang 625

von 1.242 abgegebenen Stimmen und wurde damit zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. Auf den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und späteren Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck entfielen in diesem Wahlgang 494 Stimmen. Es gab 121 Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Christian Wulff schaffte damit im dritten Wahlgang die absolute Mehrheit von mindestens 623 Stimmen.

Er nehme die Wahl "außerordentlich gerne und aus Überzeugung" an und freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, erklärte er. Deutschland hat mit Christian Wulff einen neuen, einen wirklich sehr guten Bundespräsidenten. Auch ich habe ihm herzlich zu seiner Wahl gratuliert.

Selbstverständlich hätte es der Berliner Regierungskoalition gut getan, wenn Herr Wulff bereits im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Andererseits hatten wir an diesem Tag die Aufgabe, einen Bundespräsidenten zu wählen und wollten unseren Kandidaten Christian Wulff durchbekommen. Das war angesichts des respektablen Gegenkandidaten und der freien und geheimen Wahl kein Selbstläufer. Aber wir haben es geschafft, am Schluss auch mit der absoluten Mehrheit. Es war ein schwerer Durchgang, das muss man sagen. Aber am Schluss zählt das Ergebnis. Ich bin mir sehr sicher, dass in wenigen Wochen alle Menschen



Berlin Aktuell Volker Kauder

Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



www.volker-kauder.de

15 WP 17

sagen werden: Mensch, toll, was für einen tollen Bundespräsidenten wir haben.

Es ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung und der christlich-liberalen Koalition, durch gute Arbeit in den wichtigen Sachfragen das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

Aufschwung trägt sich selbst

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturprognosen gab Bundesminister Rainer Brüderle an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Entwicklung ab. In der konjunkturellen Belebung in Deutschland mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und wieder wachsenden Exporten sieht die Bundesregierung ein "ermutigendes Signal". Deutschland habe die besten Aussichten auf einen dauerhaften Aufschwung, bilanzierte der Bundeswirtschaftsminister.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Waiblinger Abgeordnete, Joachim Pfeiffer, wies darauf hin, dass der Aufschwung sich inzwischen selbst trage, nachdem die Wirtschaft zuvor mit den Konjunkturprogrammen stimuliert wurde. Pfeiffer kündigte weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung an, um den Mittelstand zu entlasten.

In der vergangenen Woche hatten mehrere Forschungsinstitute ihre Prognosen für die deutsche Wirtschaft nach oben korrigiert. Dieser Einschätzung schloss sich jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin an. Nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung die Zahl der Arbeits-

02.07.2010

losen im Juni im Vergleich zum Vormonat um 88.000 auf 3,153 Millionen gesunken.

Verbot von Leerverkäufen

An diesem Freitag verabschiedete der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das „Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte“. Zukünftig werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verboten. CDU/CSU und FDP ziehen mit diesem Gesetz zügig Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Eurokrise. Mit einer zusätzlichen erhöhten Markttransparenz durch niedrige Meldeschwellen wird der Druck auf rein spekulative Investoren erhöht.

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

In dieser Woche legte der Petitionsausschuss seinen Bericht über Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag vor. Im Jahr 2009 sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftslisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Petitionsausschuss.